



Foto: Laurence Chaperon

TV-Duell

Merkel vor Schröder – Kompetenz überzeugt

Im Kanzlerduell 2005 konnte die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel mit ihren Argumenten klar punkten.

In dem 90-minütigen Streitgespräch erwies sich die Herausforderin als kenntnisreich, sachlich und souverän. Der Amtsinhaber

wirkte dagegen wie gelähmt und entwickelte keine Ideen für die Zukunft unseres Landes.

Viele Experten waren sich nach dem TV-Duell einig: Angela Merkel überzeugte mit den besseren Argumenten. Sie bewies, dass ihr die Probleme der Menschen ▶

INHALT

Wechsel-Partys
zum TV-Duell
Seite 3

Volker Kauder:
Unser Ziel:
„Ein neuer Anfang“
Seite 6

Paul Kirchhof:
„Wir brauchen ein neues
Steuermodell“
Seite 7

HEUTE AKTUELL

■ Wechsel-Partys zum TV-Duell (Seite 3) ■ Das sagen Experten und Beobachter (Seite 4) ■ Das sagt die Presse (Seite 5) ■ Volker Kauder: Unser Ziel: „Ein neuer Anfang“ (Seite 6) ■ Paul Kirchhof: „Wir brauchen ein neues Steuermodell“ (Seite 7) ■ Angela Merkel: „Wir kämpfen um jede Stimme“ (Seite 8) ■ Katherina Reiche: Gute Schulpolitik mehr als Wahlkampf (Seite 9-10) ■ Union in wichtigen Kompetenzfeldern vorn (Seite 9) ■ Ralf Moeller wird Mitglied im teAM Zukunft (Seite 10) ■ Hartmut Koschyk: Maßnahmen gegen Rechtsextremismus wenig effizient (Seite 11-12) ■ Norbert Röttgen: Vermittlungsausschuss: Bilanz einer konstruktiven Opposition (Seite 12)



► vertraut sind. Merkel legte klare Konzepte für Arbeit, Wachstum und Sicherheit vor, während Gerhard Schröder keinen Ausweg aus der Krise aufzeigen konnte. Er wick den entscheidenden Fragen zu seiner Bilanz und seinen Konzepten für die Zukunft aus.

Angela Merkel bestimmte über lange Strecken Inhalt und Tempo der Sendung. In den wichtigen Fragen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Innovation schnitt sie auch nach allen Meinungsumfragen weit besser als Schröder ab.

Einen Tag nach dem TV-Duell ging Kanzlerkandidatin Angela Merkel mit großer Zuversicht in die letzte Wahlkampfphase. Nach einer

CDU-Präsidiums-Sitzung in Berlin sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende, dass es von der Basis „extrem motivierende Rückmeldungen“ gebe. Auch die CDU-Präsidiumsmitglieder seien „entschlossen, kampfeslustig und sehr motiviert“. Diese Stimmung nehme sie als „Ermutigung“ mit in die letzte Wahlkampfphase. Die Kanzlerkandidatin betonte, dass die Union sich in einer „ausgezeichneten Position“ befinde. „Wir haben alle Chancen, den Wechsel zu erreichen“, so Merkel.

Redeausschnitte von Angela Merkel aus dem TV-Duell können Sie sich auf www.cdu.de anhören.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Wechsel-Partys zum TV-Duell

Mehr als 10.000 Gäste haben auf „Wechsel-Partys“ in ganz Deutschland das TV-Duell von Kanzlerkandidatin Angela Merkel und Kanzler Gerhard Schröder am Bildschirm verfolgt.

Zu den mehr als 150 Gastgebern bundesweit gehörte auch Tim-Christopher Zeelen aus Berlin. „Angela Merkel kommt hier sehr gut an“, sagte der Jura-Student noch während des TV-Duells. „Sie lässt sich nicht aus der Ruhe bringen und ist sehr medienwirksam.“ Für seine 20 Gäste stehe bereits fest, dass Kanzler Schröder durch das TV-Duell schwer ins Hintertreffen geraten sei.

In der Landesgeschäftsstelle der CDU NRW jubelten rund 250 Gäste dicht gedrängt der Kanzlerkandidatin zu (siehe Foto). Matthias Heidmeier, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der CDU NRW, bezeichnete die Stimmung an dem Abend als „bombastisch“. Besonders erfreut zeigte sich Heidmeier darüber, dass so viele junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren gekommen waren.

Auch im Süden der Republik fanden sich zahlreiche Unterstützer von Angela Merkel zum TV-Duell zusammen. So hatte die CDU

Biberach zur „Wechsel-Party“ in das Gasthaus Hirsch in Biberach eingeladen. Die Reaktionen der rund 50 Gäste auf die argumentative Auseinander-

setzung zwischen Merkel und Schröder fasste Josef Rief, Kreisvorsitzender der CDU Biberach, so zusammen: „Frau Merkel ist eindeutig überlegen. Sie ist angriffslustig, wirkt frischer und man traut ihr hier den Aufschwung zu.“

„Schröder kommt hier nicht aus dem Strafraum raus“, sagte Katja Häckel über die Stimmung unter den gut 600 Gästen im Gießener Forum Volksbank. Für die Leiterin des teAM Zukunft in Gießen war die Wechsel-Party „wie eine Motivations-spritze für die kommenden zwei Wochen“. Häckel bekräftigte: „Wir werden unermüdlich weiter kämpfen, damit der Wechsel gelingt.“

Allein in Bremen fanden 40 Partys zum TV-Duell statt. Bei Brigitte Sauer, der örtlichen Leiterin des teAM Zukunft, hatten sich 10 Freunde



und Nachbarn zum gemeinsamen Fernsehabend eingeladen. „Frau Merkel punktet hier klar“, beschrieb Sauer die Stimmung.

In Hannover waren die 300 Eintrittskarten zur Wechsel-Party in der Kneipe „Ständige Vertretung“ schon nach drei Tagen ausverkauft. Auch der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann und der bayerische Innenminister Günther Beckstein kamen, um sich das TV-Duell in großer Runde anzuschauen. Dies sei ein klares Signal, dass CDU und CSU gemeinsam für den Wechsel kämpften, so der Landesgeschäftsführer der CDU in Niedersachsen, Thomas Etzmuß. Über die Reaktionen in der Kneipe während des Duells sagte er: „Die Meisten hier haben den Eindruck, dass Frau Merkel sehr viel souveräner agiert als der Kanzler.“

Das sagen Experten und Beobachter

Hans-Ulrich Jörges (stellv. Chefredakteur „Stern“): „Angela Merkel ist die klare Überraschungssiegerin: 90 Minuten offensiv, kompetent und schlagfertig. Schröder dagegen wie gelähmt – der Mann von gestern! Angela Merkel hat ihn brillant entzaubert.“

Hans-Eberhard Schleyer (Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks): „Frau Merkel war die Einzige, die hat erkennen lassen, wie sie die Probleme des Landes bewältigen will. Von Schröder kam nur Dönekes.“

Claudia Pechstein (Eisschnellläuferin): „Wie in meiner Sportart war auch in diesem Duell Frauenpower angesagt. Frau Merkel hat gezeigt, dass sie und die CDU die besseren Konzepte für Deutschland haben. Ganz klar, Angela Merkel hat in diesem Wettkampf die Nase vorn.“

Dietrich Hoppenstedt (Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands): „Angela Merkel vermittelt sehr glaubhaft, dass sie mit ihrem Programm und ihrer Mannschaft die notwendige Erneuerung Deutschlands verstärkt fortsetzen will.“

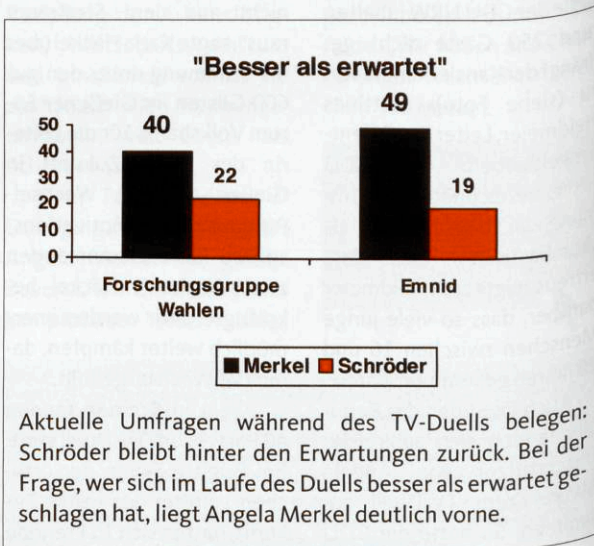
Helmut Markwort (Chefredakteur „Focus“): „Die Herausforderin war faktenstark, nach vorne gerichtet. Schröder verkaufte sich unter Wert, redete nur über Vergangenes. Merkel sprach dagegen klar und direkt über die Zukunft, ließ alle Polemik souverän an sich abprallen.“

Klaus F. Zimmermann (DIW-Präsident): „Die Überraschung aber war Merkel: Sie hat den Kanzler gekonnt attackiert, sachlich argumentiert und bot in Detailfragen viel wirtschaftspolitischen Sachverstand auf.“

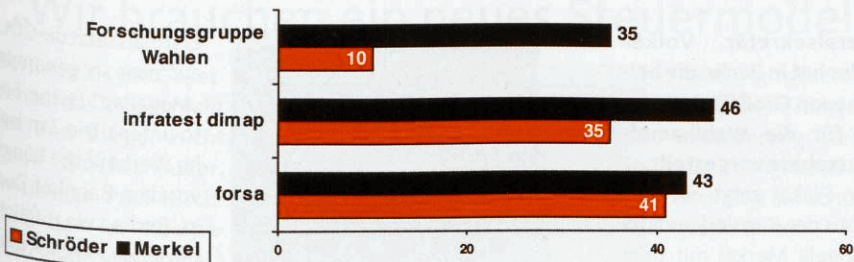
Prof. Dr. Frank Decker (Politikwissenschaftler der Uni-

versität Bonn): „Schröder ist relativ defensiv geblieben. Er verkörperte keinen wirklichen Aufbruch. Angela Merkel hat sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Sie war auch sattelfest in den Details. [...] Sie wirkte relativ glaubwürdig und hat inhaltlich die richtigen Akzente gesetzt.“

Patricia Riekel (Chefredakteurin „Bunte“): „Angela Merkel war souveräner und hat sich nicht geschämt, unbequeme Wahrheiten zu sagen. Sie überzeugte durch fortschrittliche Ideen, argumentierte nah am Bürger. Sie hat Schröder schlicht aufs Altenteil abgeschoben.“



Wer ist kompetenter im Bereich Arbeit/Wirtschaft?



Bei den beiden wichtigen Themenbereichen Arbeit und Wirtschaft führt Angela Merkel in den Umfragen.

Das sagt die Presse

„Es war ein ungleiches Duell: Hier der Kanzler, der weiß, dass er persönlich nicht mehr gewinnen kann (...). Und dort die Herausfordererin, die Deutschland verändern will (...). Es war das Duell Vergangenheit gegen Zukunft.“

BILD

„(Merkel) hat schnell und direkt reagiert, statt Auswendiggelerntes aufzusagen.“

Bonner Generalanzeiger

„Gemessen an den Erwartungen, geht Angela Merkel aus dem einzigen direkten TV-Aufeinandertreffen mit Gerhard Schröder gestärkt hervor.“

Leipziger Volkszeitung

„(Gerhard Schröder) gab die Rolle des Medienkanzlers und

ging dabei hart an die Grenze zur Arroganz.“

Südkurier

„(Angela Merkel) trat sehr angriffslustig und munter auf. Gerhard Schröder hatte Schwierigkeiten, hier aus der Defensive zu kommen oder gar überzeugende Gegenangebote zu starten.“

Financial Times Deutschland

„Angela Merkel hat auf ihrem Vormarscheinweitere Etappe hinter sich gebracht.“

Die Welt

„Schwach: Der Kanzler vermied konkrete Festlegungen zu Themen, die den Wählerinnen und Wählern auf den Nägeln brennen. Wie will er Arbeitsplätze schaffen, wie Steu-

ern senken, wie die Energiekosten senken?“

Mittelbayerische Zeitung

„Merkel bot wenig Angriffsflächen. Unerwartet munter und offensiv attackierte sie den Kanzler und seine Politik.“

Neue Osnabrücker Zeitung

„Sie hat es verstanden, sich schneidender, präziser, kämpferischer als erwartet zu zeigen.“

La Repubblica (Italien)

„Sie werde das Medium Fernsehen nutzen, um ihre Argumente und Vorstellungen darzulegen, hatte Merkel vor dem Duell gesagt. Das tat sie – mit einem Selbstbewusstsein, das wohl nicht jeder erwartet hatte.“

Basler Zeitung (Schweiz)

Unser Ziel: „Ein neuer Anfang“

Generalsekretär Volker Kauder hat in Berlin die beiden neuen Großflächenplakate für die Wahlkampf-Schlussphase vorgestellt.

Ein Plakat zeigt ein Porträtfoto der Kanzlerkandidatin Angela Merkel mit dem Schriftzug „Ein neuer Anfang“. „Damit wollen wir ausdrücken, dass das rot-grüne ‚Weiter so‘ endlich ein Ende haben muss“, sagte Kauder vor der Presse. Mit dem zweiten Plakatmotiv „Besser für unser Land“ wolle die Union den Wahlkampf auf die Entscheidung am 18. September zuspitzen.

„Unser Ziel ist ein neuer Anfang“, sagte Kauder weiter. Nur mit einem Neubeginn werde Deutschland wieder auf die Beine kommen. Kanzler Schröder habe die Wahl längst aufgegeben, betonte der Generalsekretär. Zugleich kritisierte er, dass Schröder in seinem Schlusswort im TV-Duell „nicht ein einziges Wort über die fünf Millionen Arbeitslosen“ verloren habe.

Außerdem präsentierte Volker Kauder das neue LKW-Motiv. In den letzten zwei Wochen vor der Wahl fahren 100 LKW verschiedener Spezifikationen mit dem Heck-Slogan „Im Gegensatz zu Rot-



Grün weiß ich, wo ich hin will“ quer durch Deutschland. Damit soll auf die Konzeptlosigkeit von Rot-Grün hingewiesen werden, erklärte der Generalsekretär. Im Europawahlkampf 2004 hatte die CDU diesen Werbeträger zum ersten Mal eingesetzt.

Auch in diesem Wahlkampf gibt es Neuerungen:

Erstmals setzt die CDU auf eine so genannte „Megaflag“ (siehe Foto unten). Die 7 m hohe Werbefläche hängt vor dem Bahnhof Zoo in Berlin, wo täglich tausende Pendler und Touristen ein- und umsteigen. Die Werbeeinnahmen fließen direkt an die Stiftung Denkmalschutz Berlin, die damit die Sanierung des beliebten Berliner Strandbads Wannsee finan-

ziert. So dient die CDU-Werbung nebenbei auch noch einem guten Zweck.

Die zweite Neuerung: An fünf Autobahnkreuzen (2x Hannover, Hamburg, Gelsenkirchen, Düsseldorf) wird die CDU so genannte „Autobahn Megaboards“ bestücken. Diese Maxiposter haben eine Fläche von bis zu 224 qm.



Paul Kirchhof

„Wir brauchen ein neues Steuermodell“

Bei mehr als 100 Gesetzentwürfen des Steuerrechts für den Bürger nicht mehr durchschaubar, kritisierte Paul Kirchhof, der im Kompetenzteam von Angela Merkel zuständig für Finanzen und Haushalt ist.

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Christlich-DEMOKRATISCHEN Arbeitnehmer-SCHAFT Deutschlands (CDA) und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) in Berlin stellte der Heidelberger Professor für Öffentliches Recht seine Perspektiven für ein neues und modernes Steuerrecht vor.

Als einer, der zwölf Jahre lang im „Reparaturbetrieb des Staates“, dem Bundesverfassungsgericht, gearbeitet habe, bescheinigte Kirchhof dem „Fahrzeug Steuerrecht“, dass es „nicht mehr reparierbar“ sei. „Wir brauchen ein neues Modell!“ Dies hätten auch die Bürgerinnen und Bürger erkannt, die laut einer aktuellen Allensbach-Umfrage eine Vereinfachung des Steuerrechts



Paul Kirchhof

mit 79 Prozent ganz oben auf die Reformagenda gesetzt hätten.

Kirchhof versprach eine umfassende Reform des Steuerrechts. Er wolle damit erreichen, dass das Steuersystem wieder einfach und gerecht werde. Zum 1. Januar 2007 müssten daher – wie es das Regierungsprogramm von CDU und CSU vorsehe – die meisten Ausnahmen im Steuerrecht beseitigt, die Steuern auf drei Stufen zwischen zwölf und

39 Prozent gesenkt und die rechtsformneutrale Besteuerung von Firmen umgesetzt werden. Das sei schon ein großer Wurf.

Familien besser fördern

Eine zentrale Rolle müsse die Förderung der Familien spielen, betonte Kirchhof. Eine gute Familienpolitik sei die beste Wirtschaftspolitik. Die bestehenden Kinderfreibeträge gingen in die richtige Richtung, aber die Höhe stimme noch nicht. Deshalb plane

die Union die Einführung eines Freibetrags von 8.000 Euro für jede Person, sei sie Erwachsener oder Kind.

Der MIT-Vorsitzende, Peter Rau, und der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA, Gerald Weiß, sicherten Kirchhof die volle Unterstützung des Arbeitnehmer- und des Unternehmerflügels der Partei zu. Selbst wenn über Details noch verhandelt werden müsse, stimme die Richtung, sagte Weiß.

Merkel: „Wir kämpfen um jede Stimme“

Mit einem fast viertelstündigen Beifall und begeisterten „Angie“-Rufen haben die 1.000 Delegierten und rund 500 Gäste des CSU-Parteitags in Nürnberg Kanzlerkandidatin Angela Merkel gefeiert.

In ihrer Rede forderte Angela Merkel die Union zum Kampf um jede Stimme bei der Bundestagswahl am 18. September auf. „Wir müssen mit Abstand die stärkste Kraft werden“, sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende vor den Delegierten im Nürnberger Messezentrum. Merkel erklärte die bevorstehende Wahl zur Richtungsentscheidung und verglich die gegenwärtige Situation mit der Lage im Jahr 1949. So wie die Union Deutschland damals aus der Krise geführt habe, könnten auch 2005 nur CDU und CSU gemeinsam einen Kurswechsel für mehr „Menschlichkeit, Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit“ herbeiführen.

Zugleich erteilte die Kanzlerkandidatin einem schwarz-roten Bündnis eine klare Absage. Eine Große Koalition wäre „nichts anderes als absoluter Stillstand“, betonte sie. Stillstand könne sich Deutschland jedoch



Angela Merkel und Edmund Stoiber auf dem Parteitag der CSU

nicht leisten. Deshalb kämpfe die Union geschlossen für den Wechsel.

Der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber hatte der Kanzlerkandidatin zuvor die volle Unterstützung seiner Partei zugesagt: „Sie können sich auf mich und die CSU verlassen, so wie wir uns auf Sie verlassen können.“ Angela Merkel dankte dem CSU-Vorsitzenden ausdrücklich für die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Die Kanzlerkandidatin machte deutlich, dass nicht die Menschen an der Lage des Landes schuld seien. Vielmehr sei es die Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Kräfte optimal

entfalten könnten. Tatsächlich gebe es in Deutschland mehr als fünf Millionen Arbeitslose, eine Million Kinder in der Sozialhilfe und 170.000 junge Menschen ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. Wenn der Bundeskanzler lauthals verkünde, sieben Jahre Rot-Grün seien sieben gute Jahre gewesen, dann sei das „blanker Hohn in den Ohren derer, die unter Rot-Grün“ litten. In Anspielung auf frühere Äußerungen Schröders, er verdiene nicht wiedergewählt zu werden, wenn die Arbeitslosigkeit nicht signifikant sinke, sagte Merkel unter dem Jubel der Delegierten: „Da wollen wir ihm helfen, dass ihm zum Recht verholfen wird“.

Gute Schulpolitik mehr als Wahlkampf

Es ist Wahlkampf und deshalb zieht die Bundesregierung ihren eigentlich erst für den Spätherbst geplanten Ganztagsschulkongress vor. Nachdem die PISA-Ergebnisse die Träume der SPD von der Einheitsschule platzen ließen und die SPD-Bildungspolitik widerlegt haben, will Frau Bulmahn ihr Ganztagsschulprogramm noch einmal ins rechte Licht rücken.

CDU und CSU befürworten den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsschulen in den Ländern. Sie erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und

sind für eine beträchtliche Zahl von Kindern aus sozialen Gründen wünschenswert.

Der Ganztagsschulausbau muss seriös finanziert werden. Das Programm der Bundesregierung darf dabei nicht überschätzt werden. Aus ihm werden lediglich Baukostenzuschüsse für Aufenthaltsräume, Kantinen oder Büchereien zur Verfügung gestellt. Damit ist noch lange keine funktionierende Ganztagschule eingerichtet und im Betrieb finanziert. Es werden Lehrkräfte gebraucht und Qualifikationen aus dem weiten Feld freier Jugendarbeit.

Mitnichten entstehen durch das Programm die von Frau Bulmahn angegebenen 5.000 neuen Ganztagschulen. Es handelt sich hier-



Katherina Reiche

bei vielmehr um die Zahl der Bauanträge. Zum Teil werden lediglich an schon bestehenden Ganztagsschulen Umbauten vorgenommen oder Horte an Schulen angegliedert.

Ganztagsschulen sind kein pädagogisches Allheilmittel. Das bisher rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen hat 14,6

UNION IN WICHTIGEN KOMPETENZFELDERN VORN

Die Union hat in allen wichtigen Sachfragen noch weiter an Kompetenz gewonnen. Dies geht aus einer Umfrage von infracore heraus. 54 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass CDU und CSU am ehesten den Wirtschaftsstandort Deutschland voranbringen können. Der SPD trauen dies nur 19 Prozent zu.

Auch in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik rangiert

die Union deutlich vor der SPD: 46 Prozent der Befragten sind der Überzeugung, dass die Union Arbeitsplätze sichern und neue schaffen kann. Die SPD kommt dagegen nur auf 21 Prozent. Eine gute Steuerpolitik wird mit 42 Prozent der Union und nur mit 23 Prozent der SPD zugeschrieben.

Laut einer emnid-Umfrage glaubt eine große Mehrheit der Bevölkerung, dass Kanzler Schröder versagt hat: 82 Prozent der Be-

fragten gaben an, dass Schröder die Arbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommen habe. Am deutlichsten kommt der Unmut in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen zum Ausdruck: Hier sind sogar 88 Prozent der Meinung, Schröder sei nicht gegen die Arbeitslosigkeit angekommen.

Mehr Infos und die entsprechenden Grafiken finden Sie in unserem Wahlkampf-Newsletter 3/05 unter www.cdunet.de

Prozent Ganztagsschulen und liegt damit über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 11 Prozent, hat aber die schlechtesten PISA-Ergebnisse. Es muss beim Bemühen um die Verbesserung der Schule jeweils vor Ort entschieden werden, wofür das knappe Geld eingesetzt wird. In vielen Bundesländern fehlen noch Lehrer und fallen Unterrichtsstunden aus.

Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagschule bedeutet, dass die stärkereigenverantwortliche Schule ein zu

ihrem Umfeld passendes Konzept entwickelt und mit möglichen Kooperationspartnern, wie Musik- und Sportvereinen, Kirchen, freien gemeinnützigen Trägern, Unternehmen und Eltern, abstimmt. Dabei sind offene Formen, in denen Schülerinnen und Schüler nach dem Unterricht an weiteren Angeboten teilnehmen, oder gebundene, die den Unterricht über den ganzen Tag verteilen und durch Zusatzangebote unterbrechen, möglich. In jedem Fall ist die

Ausformung vom Kind her zu definieren und muss kindgerechte Lebensrhythmen aufgreifen. Kinder brauchen in der Ganztagschule ein gemeinschaftliches gesundes Essen und eine Betreuung, die insbesondere zur selbstständigen Erledigung von Hausaufgaben anhält. Auch eine Mischung von fächerübergreifenden Kursen und freizeitorientierten Angeboten ist gefordert.

Katherina Reiche ist bildungspolitische Fraktions-sprecherin.

RALF MOELLER WIRD MITGLIED IM teAM ZUKUNFT

Berühmter Besuch beim teAM Zukunft: Hollywood-Star Ralf Moeller hatte es sich kurz vor der Premiere seines neuen Films nicht nehmen lassen, in die Bundesgeschäftsstelle zu kommen, um Kanzlerkandidatin Angela Merkel im Wahlkampf tatkräftig zu unterstützen. Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden begrüßte den Schauspieler als neues teAM Zukunft-Mitglied und betonte, es sei „ein tolles Signal, wenn starke Männer eine starke Frau“ unterstützen.

„Deutschland hat mir



viel gegeben und jetzt möchte ich etwas zurückgeben“, erklärte Moeller, warum er sich im teAM Zukunft engagiere. Der gebürtige Recklinghausener hofft am 18. September auf den Wechsel mit Angela Merkel an der Spitze. Der Schauspieler will es jedoch nicht bei seinem Engagement im

Bundestagswahlkampf bewenden lassen. Auch nach dem 18. September würde Moeller gerne die neue Bundesregierung unterstützen: Er möchte in soziale Brennpunkte gehen, um dort mit arbeitslosen Jugendlichen zu sprechen und ihnen wieder Mut zu machen. Seinen ersten Einsatz hat Ralf Moeller bereits hinter sich: Er beantwortete im Konrad-Adenauer-Haus Bürgeranfragen am Telefon und warb noch am selben Tag im Berliner Stadtteil Wedding an einem Canvasing-Stand für die bessere Politik der CDU.

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus wenig effizient

Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind menschenverachtend und richten großen Schaden an. Nach Auffassung von CDU und CSU müssen die Ursachen für Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit an der Wurzel bekämpft werden.

Entsprechende präventive Maßnahmen in der Gesellschaft, und in der Familienpolitik sind unverzichtbar. Eine Kombination sozialer milieubezogener Prävention, die gezielt an den örtlichen Gegebenheiten ansetzt, ist unbedingt erforderlich.

Fast 3/4 der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalttäter sind Jugendliche. Wir brauchen deshalb Hilfsangebote für gefährdete Jugendliche. Auch die von CDU und CSU geforderte Weiterentwicklung des Jugendstrafrechtes ist im Zusammenhang mit der Bekämpfung gewaltbereiter Extremisten von großer Bedeutung. Notwendig sind schnelle und konsequente staatliche Reaktionen und eine rasche Verurteilung. Das beeindruckt den jugendlichen Straftäter in der Regel mehr als die ei-

gentliche Strafe, vor allem wenn diese erst nach Monaten verhängt wird.

Wer aus extremistischen Überzeugungen heraus kriminell wird, muss die Entschlossenheit des Staates, sein Gewaltmonopol durchzusetzen, unmittelbar spüren. CDU und CSU werden deshalb dafür sorgen, dass Polizei und Justiz entschlossen, verantwortungsbewusst und zeitnah ihre Pflicht tun können.

Zurzeit gibt es keine bundesweit abgestimmte und nachhaltig wirkende Strategie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Entgegen anders lautenden Bekundungen hat auch hier Rot-Grün nachhaltig versagt. Dementsprechend hat sich die Anzahl gewaltbereiter Rechtsextremisten im Jahre 2004 auf hohem Niveau stabilisiert.

CDU und CSU werden das nicht weiter hinnehmen. Stümperhafte Pseudoaktionen von „Gutmenschen“, bei denen die Kosten in keinem Verhältnis zum Ergebnis liegen, werden bei der Union keine Chancen haben. Rot-Grün hat seit 2001 in rund 4.000 Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus 154 Millionen Euro eingesetzt, ohne den erwünschten Erfolg. Dies hat sogar den



Hartmut Koschyk

Bundesrechnungshof auf den Plan gerufen.

Förderprogramme zur Bekämpfung des Extremismus müssen zielgerichtet und effektiv sein und auch evaluiert werden können. Die zentralen Beratungsstellen und mobilen Beratungsteams auf Länderebene waren erfolgreich in ihrer Arbeit und müssen weiter unterstützt werden. Wohnortnahe Aktionsforen gegen rechte Gewalt, die in einer Art von Stadtteilkonferenz die Kräfte zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bündeln, sind sinnvoll. Polizei, Jugendämter, Träger der verbandlichen offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, Lehrer, Kommunalpolitiker und sachkundige Bürger müssen hier vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Gießkannenartige Förderungen mit öffentlichen Mitteln zur Unterstützung von rot-grüner Klientel wird es

mit uns in Zukunft nicht geben. Alle Förderprogramme, auch die besonderen Projekte in den neuen Bundesländern, müssen im Hinblick auf ihre Effizienz und Effektivität überprüft werden. Alle Maßnahmen werden nach dem haushaltsrechtlichen Gebot des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beurteilt.

Förderungswürdige Programme gegen alle Formen des Extremismus werden CDU und CSU weiterfördern und damit einen *wirksamen* Kampf gegen jedwede Form des Extremismus führen.

Hartmut Koschyk ist innenpolitischer Fraktions-sprecher.

Vermittlungsausschuss: Bilanz einer konstruktiven Opposition

In der zu Ende gehenden 15. Legislaturperiode ist der Vermittlungsausschuss in genau 102 Verfahren angerufen worden, 91 davon konnten abgeschlossen werden.

Bei 15 der abgeschlossenen Verfahren wurde kein Einspruch eingelegt, 31 Einsprüche wurden im Bundestag zurückgewiesen, 44 Mal erreichte ein Vermittlungsergebnis die Zustimmung

des Bundesrates. Nur ein einziges Vermittlungsverfahren ist gescheitert, das sogenannte Verfüterungsverbotsgesetz. Offen – und damit Gegenstand der letzten Sitzung – sind 11 Verfahren.

Die Linie der Union im Vermittlungsausschuss war stets konstruktiv und geprägt von der Verantwortung für die Sache und das Land. Immer dort, wo die Vorteile die Nachteile überwogen und eine echte Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger erreicht werden konnte, haben wir mitgemacht. In vielen Fällen haben wir rot-grünen Gesetzentwürfen in den Verhandlungen unseren Stempel aufgedrückt und deutlich verbessert. In 55 Fällen ist es so zu geänderten Gesetzesbeschlüssen gekommen. Das Zuwanderungsgesetz ist hierfür das prominenteste Beispiel.

Unter den Verfahren, die noch offen sind und die sicher keine Einigung finden, ist das arbeitsmarktfreundliche Antidiskriminierungsgesetz und ein Gentechnikgesetz, das eigentlich den Titel „Gentechnikverhinderungsgesetz“ verdient. Die letzten zukunftsverhindernden und arbeitsmarktvernichtenden Entwürfe von Rot-Grün werden so



Norbert Röttgen

kurz vor der Wahl gestoppt – in der Hoffnung auf eine bessere Regierung.

Mit einer stabilen Mehrheit der Union in Bundestag und Bundesrat wird in der nächsten Legislaturperiode die Anrufung des Vermittlungsausschusses voraussichtlich weniger häufig nötig sein. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat werden an einem Strang ziehen – für mehr Wachstum und mehr Arbeit in Deutschland.

Norbert Röttgen ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Aktuell auf www.cducus.de Minderheitenvotum der CDU/CSU- und der FDP-Bundestagsfraktion zum Visa-Ausschuss

Bestellschein > **Medaille „60 Jahre CDU“**

Union Betriebs-GmbH

Postfach 1190

53348 Rheinbach

Fax 02226/802-111

Bestellung auch über das Druckportal des CDUNet

Die Lieferung wird erbeten
gegen Rechnung an folgende Anschrift:

(Bitte keine Postfachanschrift!)

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Anlässlich der Gründung der CDU vor 60 Jahren**Die Vorderseite** mit dem Motiv „60 Jahre CDU. – Erfolgreich für Deutschland. – 1945-2005.“**Die Rückseite** mit den umlaufenden Namen aller Parteivorsitzenden von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel und dem Motiv „Besser für die Menschen. – CDU“

Anzahl	Material	Beschreibung
	Bronze	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil glänzend, Schriften poliert, Rückseite gebürstet, 50 mm Durchmesser, im Etui Stückpreis 18,00 Euro , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.
	Feinsilber 1000	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil spiegelglanzgeprägt, Schriften poliert, Rückseite spiegelglanzgeprägt, 40 mm Durchmesser, im Etui, Stückpreis 40,00 Euro , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.

Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, dass ich diesen Auftrag innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG-Medienzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum / Unterschrift

So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen steht Ihnen jederzeit zu Verfügung:

Christa Greef Telefon: 0 22 26/8 02-1 02

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
christa.greef@ubg-medienzentrum.de



Auf zum Endspurt!

Seifenblasenspender

36 in einer Box

Bestell-Nummer: **9892**

Preis je Box: **11,00 €**

inkl. MwSt.: 12,76 €



Pflastermäppchen

„Trostpflaster für 7 Jahre Rot-Grün“

Bestell-Nr.: **9176**

Preis je 100 Stück: **26,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 30,16€



Fingerklingel „Signal für den Wechsel“

Der trendige Artikel für Skater, Scooterroller und Rollerbladfahrer. Mit Klettverschluss für einen festen Sitz.

Bestell-Nummer: **9825**

Preis je 5 Stück: **10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



Türanhänger „Wählen gehen! CDU“

Zur Mobilisierung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sollte – am Tag der Wahl – noch einmal zur Stimmabgabe aufgerufen werden.

„Jede Stimme zählt!“

Bestell-Nummer: **1609**

Preis je 200 Stück: **8,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 9,28 €

**Aktionszeitung
„Bundestagswahl 2005“**

Bestell-Nummer: **1013**
 Preis je 250 Stück: **18,50 €**
 Preis inkl. MwSt.: 19,80 €



Faltplan „Ländervergleich“

Bestell-Nummer: **2865**
 Preis je 50 Stück: **15,25 €**
 Preis inkl. MwSt.: 16,32 €



**Broschüre
„7 Jahre Rot-Grün – eine Bilanz“**

Bestell-Nummer: **5210**
 Preis je 100 Stück: **21,00 €**
 inkl. MwSt.: 22,47 €



UID

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Danke für Ihr Vertrauen

Plakat-Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm

Bestell-Nummer: **8196**

Preis je 250 Stück: **20,20 €**

inkl. MwSt.: 23,43 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de